BGH: Ausübung beruflicher Tätigkeit als konkludente Einwilligung in Bildberichterstattung

KUG §§ 22, 23 I Nr. 1, 3

Zur konkludenten Einwilligung in die Veröffentlichung eines Bildnisses in einem Eventportal (hier: Foto von einer Hostess, die auf einer Prominentenparty im Auftrag einer Promotions-Agentur Aktionsware [Zigaretten] anbietet).

BGH, Urteil vom 11.11.2014 - VI ZR 9/14 (LG Berlin), GRUR 2015, 295

Anmerkung von Prof. Dr. Georgios Gounalakis

1. Problembeschreibung

Der *VI. Zivilsenat* beschäftigt sich in seiner Entscheidung mit der Zulässigkeit einer Bildberichterstattung und misst diese am Einwilligungsvorbehalt des Betroffenen aus § 22 KUG.

Gegenstand des Rechtsstreits stellt eine auf einem Internetportal veröffentlichte Fotografie dar. Diese zeigt, wie eine Hostess (nachfolgend Betroffene) im Auftrag einer Promotions-Agentur einem Gast auf einer VIP-Party Zigaretten anbietet. Die Bildüberschrift weist dabei ausdrücklich auf prominente Partybesucher hin, diese sind jedoch nicht abgebildet. Nach Kenntniserlangung über die Veröffentlichung des Bildnisses fordert die Betroffene unter Hinweis auf ihr Recht am eigenen Bild und ihr Allgemeines Persönlichkeitsrecht vom Betreiber die Unterlassung der Bildberichterstattung.

Der Betreiber kam der Forderung durch Abgabe einer Unterlassungserklärung nach. Er weigerte sich jedoch, die außergerichtlich aufgewendeten Rechtsverfolgungskosten der Betroffenen zu ersetzen, woraufhin deren Rechtsbeistand den Erstattungsanspruch vor Gericht geltend machte. Das zuständige *AG Berlin-Mitte* gab der Klage statt, das *LG Berlin* hingegen wies die Klage im Berufungsverfahren unter Hinweis auf den nicht bestehenden Unterlassungsanspruch als unbegründet ab. Dies bestätigte schließlich auch der im Revisionsverfahren zuständige *VI. Zivilsenat* des *BGH*.

2. Rechtliche Wertung

Im Ergebnis lehnen sowohl das *LG Berlin* als auch der *BGH* zu Recht einen Erstattungsanspruch mangels begründetem Unterlassungsanspruch ab, stützen ihre Entscheidungen jedoch auf unterschiedliche Kriterien.

Das *LG* lässt zunächst offen, ob die Betroffene in eine etwaige Bildberichterstattung eingewilligt haben könnte. Es leitet eine Zulässigkeit der Berichterstattung sodann über § 23 I Nr. 1 KUG bzw. alternativ § 23 I Nr. 3 KUG her und lehnt eine Rückausnahme gem. § 23 II KUG nach Abwägung der Interessen der Betroffenen und des Betreibers ab. Denn bei der VIP-Party handele es sich zunächst um ein Ereignis öffentlichen Interesses, dem die Darstellung der Betroffenen als exemplarische Illustration diene. Das grundsätzlich betroffene Recht am eigenen Bild bzw. das Allgemeine Persönlichkeitsrecht der Betroffenen müsse darüber hinaus hinter der durch Art. 5 I GG geschützten Medienfreiheit zurücktreten, zumal die Darstellung nicht mit einer schambesetzten Situation, sondern vielmehr beruflichen Tätigkeit der Betroffenen verbunden sei.

Demgegenüber misst der *BGH* seine Entscheidung gerade am Einwilligungsvorbehalt des § 22 KUG. Er stellt dabei entsprechend seiner ständigen Rechtsprechung klar, dass eine Einverständniserklärung des Betroffenen nicht nur ausdrücklich, sondern auch konkludent zum Ausdruck gebracht werden kann (*BGHZ* 49, 288 = *NJW* 1968, 1091 = *GRUR* 1968, 652; *BGH*, *NJW-RR* 1987, 231 = *GRUR* 1987, 128; *BGH*, *NJW* 1996, 593 = *GRUR* 1996, 195). Dem beruflichen Kontext, in den die Bildberichterstattung eingebettet ist, weist er dabei eine besondere Bedeutung zu.

Der *VI. Zivilsenat* führt insofern aus, dass die Betroffene durch Ausübung ihrer konkreten Tätigkeit als Hostess schlüssig erklärte, mit entsprechenden Aufnahmen einverstanden zu sein, was einen Unterlassungs- und folglich Erstattungsanspruch entfallen ließe. Die dieser Wertung zugrundeliegende Auslegung stützt er dabei auf Kriterien hinsichtlich der Art der Veranstaltung sowie der ausgeübten Tätigkeit. Zunächst müsse die Betroffene nämlich damit gerechnet haben, von Journalisten fotografiert zu werden, da dies zum einen dem Usus auf VIP-Partys entspreche und zum anderen auch klar aus der Tätigkeitsbeschreibung seitens der beauftragenden Promotions-Agentur hervorgehe. Daneben stünde die berufliche Tätigkeit als Hostess in einem besonderen Zusammenhang zur erfolgten Berichterstattung, weil die Präsenz von Hostessen geradezu charakteristisch für eine VIP-Veranstaltung sei und zudem der Werbung diene. Diese Werbefunktion beinhalte nicht zuletzt auch Fotoaufnahmen. Schließlich gäbe es auch für Journalisten keine Anhaltspunkte, vom Gegenteil auszugehen.

Nichts desto trotz erkennt der *VI. Zivilsenat* die Argumentation des *BerGer.* anhand des „abgestuften Schutzkonzepts“ der §§ 22, 23 KUG als inhaltlich zutreffend und konsequent an. Kontrastiert man allerdings die Argumentationslinien, so wird deutlich, dass der berufliche Kontext unter verschiedenen Aspekten thematisiert wurde: Der *BGH* reflektiert ihn unter Einwilligungsgesichtspunkten und demnach unter Selbstbestimmungsaspekten, das *LG* hingegen auf der nachgeordneten Ebene der Interessenabwägung als einschränkendes Moment individueller Betroffenheit. Dass beide Lösungswege vertretbar sind, hat die Gesamtwürdigung des landgerichtlichen Urteils durch den *BGH* gezeigt. Doch führt das Vorgehen des *BGH* zu einem verkürzten Prüfungsaufwand und setzt durch die Würdigung des Selbstbestimmungsaspekts ein starkes Signal für die Medienfreiheit, vorausgesetzt freilich, dass zwischen dem Bildgegenstand und der Veranstaltung selbst ein spezifischer Zusammenhang besteht (so im Umkehrschluss bereits *BGH*, *NJW* 2005, 56 [56 f.] = *GRUR* 2005, 74).

Auf den Einwand, dass auf dem veröffentlichten Foto kein Prominenter abgebildet ist, wird in der Urteilsbegründung nicht näher eingegangen. Dennoch würde dieser Einwand in Anbetracht bereits ergangener Urteile des *BGH* keine abweichende Wertung erwarten lassen. Die Art der Veröffentlichung, insbesondere der begleitende Textbeitrag, stehen nämlich in direktem Zusammenhang zur Illustration der VIP-Party (zur Bedeutung von Bildüberschriften *BGHZ* 156, 206 = *NJW* 2004, 596 = *GRUR* 2004, 590; *BGH*, *NJW* 2004, 179; *NJW* 2005, 56 = *GRUR* 2005, 74).

3. Praktische Folgen

Das vorliegende Urteil unterstreicht erneut die pressefreundliche Linie des *BGH*, indem es einer unnötigen Verrechtlichung und Formalisierung des Veranstaltungsbetriebs und der diesbezüglichen Berichterstattung entgegenwirkt. So sind Bildaufnahmen von Hostessen und deren Veröffentlichung ohne das Einholen ausdrücklicher Einwilligungen zulässig, was insbesondere die Arbeit der Medienvertreter erleichtert. Dennoch erscheint es für Promotionsveranstalter ratsam, ihr Personal zuvor über eine etwaige Medienpräsenz zu unterrichten.

Professor *Dr. Georgios Gounalakis* ist Inhaber der Professur für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung und Medienrecht an der Philipps-Universität Marburg.